

## **Pressemitteilung**

### **Bündnis zieht nach Ablauf der Widerspruchsfrist positive Bilanz: Gut aufgestellt für Widerspruchs- und Klageverfahren**

**Mainz / Wiesbaden, 17.03.2009:** "Wir sind mit der Auswahl der Musterkläger sehr zufrieden", zieht Marc Legg, 1. Vorsitzender des ‚Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden‘, nach dem Auslaufen der Widerspruchsfrist für die bisherige Vorstandsarbeit eine positive Bilanz.

Gemeinsam mit dem vom Bündnis beauftragten [Rechtsanwalt Dr. Remo Klinger](#) hat das Bündnis die Widerspruchsfrist dazu genutzt, die für die nun anstehenden Verfahren geeigneten Musterkläger auszuwählen. "Wir haben für etwa 20 Musterkläger Frist während Widerspruch eingelegt.", berichtet Dr. Klinger. "Über die persönliche Betroffenheit der Musterkläger sowohl in baurechtlicher als auch in immissionsschutzrechtlicher Hinsicht ist sichergestellt, dass die Belange der Bürgerinnen und Bürger von Mainz und Wiesbaden vollständig abgedeckt und über die Musterkläger in die Verfahren transportiert werden", so Klinger weiter. Marc Legg ergänzt: "Es hätten bei Weitem mehr Musterkläger zur Verfügung gestanden. Vielen mussten wir absagen. Es ging uns nicht darum, möglichst viele Widersprüche einzulegen. Vielmehr wollen wir unsere Kräfte auf die erfolgversprechendsten Verfahren konzentrieren."

In diesem Zusammenhang freut sich auch Rechtsanwalt Carl Christian Müller, Mitglied im Bündnisvorstand, über die Resonanz aus der Bevölkerung und die Bereitschaft vieler Menschen, sich als Musterkläger zur Verfügung zu stellen. "Das zeigt, wie vehement die Bevölkerung in Mainz und Wiesbaden das Projekt ablehnt und wie groß die Bereitschaft vieler Einzelner ist, große persönliche Belastungen auf sich zu nehmen und Gerichtsverfahren zu führen, die möglicherweise über Jahre hinwegdauern.", so Müller, der am heutigen Tage zu einer Pressekonferenz der [Klima-Allianz in Berlin](#) eingeladen war, um dort über den in der Region Mainz/Wiesbaden nach Ansicht der Klima-Allianz und des BUND-Deutschland besonders breit und sich durch alle gesellschaftlichen Schichten hindurch ziehenden Widerstand gegen das Kraftwerk zu berichten. "Der Widerstand wird auf das Vorhaben einen unmittelbaren Einfluss haben, denn jeder Investor wird sich genau überlegen, ob er in ein Projekt Geld gibt, von dem unklar ist, ob und wann es gebaut wird.", glaubt Müller.

Dem Deutschlandfunk gegenüber betonte Müller am heutigen Tage noch mal die Standortfrage: "Wer glaubt, die Frage nach der künftigen Versorgungssicherheit mit Kohle beantworten zu müssen, der muss sich gleichzeitig auch die Frage nach dem geeigneten Standort stellen.

Hier scheidet Mainz aus zwei Gründen aus:

Zum einen ist die Vorbelastung in Bezug auf gesundheitsgefährdende Immissionen in Mainz und Wiesbaden besonders hoch. Das Kohlekraftwerk würde das Fass sprichwörtlich zum Überlaufen bringen. Zum anderen ist die Versorgungssicherheit in Mainz und Wiesbaden durch das derzeit bestehende, viel sauberere und im Wirkungsgrad viel effizientere GuD-Gaskraftwerk voll gesichert. Dieses abzubauen und durch veraltete Kohletechnik zu ersetzen erscheint vor diesem Hintergrund bar jeder Vernunft." so Müller abschließend.